Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

- § 18. Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für *Digitalisierung* und Wirtschaftsstandort ist ermächtigt, durch Verordnung
 - 1. im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministern anzuordnen, daß bestimmte eichpflichtige Meßgeräte nur geeicht in den Handel gebracht werden dürfen,

2. ...

- § 18a. (1) Notifizierende Behörde gemäß Art. 24 der Richtlinie 2014/32/EU zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt (Neufassung), ABl. Nr. L 96 vom Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt (Neufassung), ABl. Nr. L 96 vom 29.03.2014 S. 149, in der Fassung der Delegierten Richtlinie (EU) 2015/13, ABI. 29.03.2014 S. 149, in der Fassung der Delegierten Richtlinie (EU) 2015/13, ABI. Nr. L 3 vom 07.01.2015 S. 42, und gemäß Art. 20 der Richtlinie 2014/31/EU zur Nr. L 3 vom 07.01.2015 S. 42, und gemäß Art. 20 der Richtlinie 2014/31/EU zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die Bereitstellung nichtselbsttätiger Waagen auf dem Markt, ABl. Nr. L 96 vom Bereitstellung nichtselbsttätiger Waagen auf dem Markt, ABl. Nr. L 96 vom 29.03.2014 S. 107, ist die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für 29.03.2014 S. 107, ist die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit Digitalisierung und Wirtschaftsstandort. Sie bzw. er hat innerhalb ihres bzw. und Wirtschaft. Sie bzw. er hat innerhalb ihres bzw. seines Wirkungsbereiches seines Wirkungsbereiches eine Organisationseinheit mit der operativen eine Organisationseinheit mit der operativen Durchführung der Notifizierung zu Durchführung der Notifizierung zu betrauen und mit den erforderlichen betrauen und mit den erforderlichen Ressourcen auszustatten. Ressourcen auszustatten.
- (2) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für *Digitalisierung* und Wirtschaftsstandort nimmt die Notifizierung nach Art. 19 der Richtlinie nimmt die Notifizierung nach Art. 19 der Richtlinie 2014/31/EU und nach Art. 23 2014/31/EU und nach Art. 23 der Richtlinie 2014/32/EU vor.

(3) bis (8)

§ 18b. (1) Begutachtung und Überwachung gemäß Art. 20 Abs. 2 der Akkreditierungsbescheid verfügen.

Vorgeschlagene Fassung

- § 18. Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und *Wirtschaft* ist ermächtigt, durch Verordnung
 - 1. im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerinnen bzw. Bundesministern anzuordnen, daß bestimmte eichpflichtige Meßgeräte nur geeicht in den Handel gebracht werden dürfen,

2. ...

- § 18a. (1) Notifizierende Behörde gemäß Art. 24 der Richtlinie 2014/32/EU
- (2) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft der Richtlinie 2014/32/EU vor.

(3) bis (8)

§ 18b. (1) Begutachtung und Überwachung gemäß Art. 20 Abs. 2 der Richtlinie 2014/31/EU und nach Art. 24 Abs. 2 der Richtlinie 2014/32/EU Richtlinie 2014/31/EU und nach Art. 24 Abs. 2 der Richtlinie 2014/32/EU erfolgen durch die "Akkreditierung Austria" als nationale Akkreditierungsstelle erfolgen durch die "Akkreditierung Austria" als nationale Akkreditierungsstelle im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 über die Vorschriften für die im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung Akkreditierung und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates, von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates, ABl. Nr. L 218 vom 13.08.2008 S. 30 in der Fassung der Verordnung (EU) ABl. Nr. L 218 vom 13.08.2008 S. 30, für Stellen, die über einen einschlägigen 2019/1020 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011, ABL. Nr. L 169 vom 25.6.2019 S. 1, für Stellen, die über einen einschlägigen Akkreditierungsbescheid verfügen.

(2) Sofern die Stelle über keinen Akkreditierungsbescheid verfügt, ist die Begutachtungen einschlägig tätiger internationaler berücksichtigen.

(3)

§ 18c. (1) Der Antrag auf Notifizierung einer Stelle gemäß Art. 26 Abs. 1 der Richtlinie 2014/31/EU oder nach Art. 31 Abs. 1 der Richtlinie 2014/32/EU ist der Richtlinie 2014/31/EU oder nach Art. 31 Abs. 1 der Richtlinie 2014/32/EU ist bei der Bundesministerin bzw. beim Bundesminister für Digitalisierung und bei der Bundesministerin bzw. beim Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft *Wirtschaftsstandort* einzubringen.

(2) bis (5)

- § 18e. (1) Bei der Bundesministerin bzw. beim Bundesminister für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort Feststellungen notifizierter Stellen eingebracht werden.
- (2) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für *Digitalisierung* und gegebenenfalls ein Verfahren gemäß § 18c Abs. 5 einleiten.
- (3) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für *Digitalisierung* und Wirtschaftsstandort kann durch Verordnung nähere Bestimmungen zum kann durch Verordnung nähere Bestimmungen zum Beschwerdeversahren gemäß Beschwerdeverfahren gemäß Abs. 1 festlegen.
- § 18f. Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für *Digitalisierung* und Wirtschaftsstandort kann, unter Berücksichtigung unionsrechtlicher Wirtschaft kann, unter Berücksichtigung unionsrechtlicher Vorgaben, durch Notifizierungsverfahren festlegen, wie beispielsweise Inhalt und Form zu wie beispielsweise Inhalt und Form zu verwendender Formulare, sofern dies eine verwendender Formulare, sofern dies eine zeit- und kostensparende Beurteilung zeit- und kostensparende Beurteilung der Anträge ermöglicht oder der der Anträge ermöglicht oder der Erleichterung der Prüfung der Einhaltung der Prüfung der P Pflichten notifizierter Stellen dient.
- § 18g. Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Digitalisierung dieses Bundesgesetzes verbundenen Aufwand Pauschalgebühren durch verbundenen Aufwand Pauschalgebühren durch Verordnung festsetzen. Verordnung festsetzen.

(2) Sofern die Stelle über keinen Akkreditierungsbescheid verfügt, ist die Begutachtung und Überwachung von der notifizierenden Behörde vorzunehmen. Begutachtung und Überwachung von der notifizierenden Behörde vorzunehmen. Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Digitalisierung und Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft kann zu Wirtschaftsstandort kann zu diesem Zweck Sachverständige bestellen sowie diesem Zweck Sachverständige bestellen sowie Begutachtungen einschlägig Organisationen tätiger internationaler Organisationen berücksichtigen.

(3)

§ 18c. (1) Der Antrag auf Notifizierung einer Stelle gemäß Art. 26 Abs. 1 einzubringen.

(2) bis (5)

- § 18e. (1) Bei der Bundesministerin bzw. beim Bundesminister für Arbeit können Beschwerden gegen und Wirtschaft können Beschwerden gegen Feststellungen notifizierter Stellen eingebracht werden.
- (2) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft Wirtschaftsstandort hat eine Beschwerde im Sinne des Abs. 1 zu prüfen und kann hat eine Beschwerde im Sinne des Abs. 1 zu prüfen und kann gegebenenfalls ein Verfahren gemäß § 18c Abs. 5 einleiten.
 - (3) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft Abs. 1 festlegen.
 - § 18f. Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und durch Verordnung nähere Bestimmungen über das Verordnung nähere Bestimmungen über das Notifizierungsverfahren festlegen,
- § 18g. Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und und Wirtschaftsstandort kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für den Finanzen für den mit den Amtshandlungen gemäß §§ 18b und 18c aufgrund mit den Amtshandlungen gemäß §§ 18b und 18c aufgrund dieses Bundesgesetzes

§ 21. Durch Verordnung der Bundesministerin bzw. des Bundesministers für *Digitalisierung* und *Wirtschaftsstandort* sind festzulegen:

1. ...

§ 27. Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für *Digitalisierung* und Wirtschaftsstandort kann unter Bedachtnahme auf den Stand der Wissenschaft Wirtschaft kann unter Bedachtnahme auf den Stand der Wissenschaft und und Technik, völkerrechtliche Verpflichtungen der Republik Österreich, Technik, völkerrechtliche Verpflichtungen der Republik Österreich, vergleichbare vergleichbare Vorschriften des Auslandes sowie Richtlinien internationaler Vorschriften des Auslandes sowie Richtlinien internationaler Organisationen und Organisationen und Staatengemeinschaften folgende Anforderungen durch Staatengemeinschaften folgende Anforderungen durch Verordnung festlegen: Verordnung festlegen:

1. ...

§ 28. Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Digitalisierung und Handels mit Fertigpackungen durch Verordnung festlegen:

1. ...

§ 32. (1) Die nach diesem Bundesgesetz erforderlichen behördlichen Aufgaben werden, soweit nicht die Bundesministerin bzw. der Bundesminister Aufgaben werden, soweit nicht die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort hierfür zuständig ist, von den für Arbeit und Wirtschaft hierfür zuständig ist, von den Eichbehörden besorgt. Eichbehörden besorgt.

(2)

(3) Die Eichbehörden unterstehen der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für *Digitalisierung* und *Wirtschaftsstandort*.

(4)

(5) Die Errichtung, die Auflassung, den Sitz und den Umfang der fachlichen Befugnisse der Eichämter bestimmt die Bundesministerin bzw. der Befugnisse der Eichämter bestimmt die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für *Digitalisierung* und *Wirtschaftsstandort* durch Verordnung.

(6)

§ 35. (1) Bei bestimmten, von der Bundesministerin bzw. vom Bundesminister für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort durch Verordnung Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft durch Verordnung festzusetzenden festzusetzenden Messgerätearten kann die Eichung durch eine ermächtigte Messgerätearten kann die Eichung durch eine ermächtigte Eichstelle Eichstelle vorgenommen werden.

(2) und (3)

§ 21. Durch Verordnung der Bundesministerin bzw. des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft sind festzulegen:

1. ...

§ 27. Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und

1. ...

§ 28. Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaftsstandort kann unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse der Wirtschaft kann unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse der Meßtechnik und Meßtechnik und vergleichbare Vorschriften des Auslandes zur Erleichterung des vergleichbare Vorschriften des Auslandes zur Erleichterung des Handels mit Fertigpackungen durch Verordnung festlegen:

§ 32. (1) Die nach diesem Bundesgesetz erforderlichen behördlichen

(2)

(3) Die Eichbehörden unterstehen der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für *Arbeit* und *Wirtschaft*.

(4)

(5) Die Errichtung, die Auflassung, den Sitz und den Umfang der fachlichen Bundesminister für *Arbeit* und *Wirtschaft* durch Verordnung.

§ 35. (1) Bei bestimmten, von der Bundesministerin bzw. vom vorgenommen werden.

(2) und (3)

(4) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für *Digitalisierung* und Wirtschaftsstandort ist ermächtigt, unter Bedachtnahme auf den Stand der ist ermächtigt, unter Bedachtnahme auf den Stand der Wissenschaft und Technik, Wissenschaft und Technik, vergleichbare Vorschriften des Auslandes sowie vergleichbare Vorschriften des Auslandes sowie Richtlinien internationaler Richtlinien internationaler Organisationen durch Verordnung festzulegen:

1. ...

(5) bis (7)

(8) Um die flächendeckende Versorgung mit Eichungen sicherzustellen und Bundesministerin bzw. der Bundesminister für *Digitalisierung* Wirtschaftsstandort durch Verordnung

1. ...

(9) bis (11)

§ 36. (1) und (2)

(3) Der Eichstempel besteht aus dem Eichzeichen und dem Jahreszeichen und dem allenfalls in Eichvorschriften vorgesehenen Präzisionszeichen. Die und dem allenfalls in Eichvorschriften vorgesehenen Präzisionszeichen. Die Ausführungsformen der bei der Eichung zu verwendenden Stempel sind durch Verordnung der Bundesministerin bzw. des Bundesministers für *Digitalisierung* und Wirtschaftsstandort festzulegen.

(4) und (5)

§ 38. (1) bis (7)

(8) Die näheren Bestimmungen über die Arten der Zulassung, die Zulassungsprüfung und Erprobung der Meßgeräte oder Meßgeräteteile, die Zulassungsprüfung und Erprobung der Meßgeräteteile, die Zulassungserteilung, die Beschränkung, die Aufhebung und das Erlöschen der Zulassungserteilung, die Beschränkung, die Aufhebung und das Erlöschen der Zulassung sind durch Verordnung der Bundesministerin bzw. Bundesministers für *Digitalisierung* und *Wirtschaftsstandort* festzulegen.

(9) und (10)

(4) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft Organisationen durch Verordnung festzulegen:

1. ...

(5) bis (7)

(8) Um die flächendeckende Versorgung mit Eichungen sicherzustellen und volkswirtschaftlich nachteilige Auswirkungen zu vermeiden, kann die volkswirtschaftlich nachteilige Auswirkungen zu vermeiden, kann die und Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft durch Verordnung

1. ...

(9) bis (11)

§ 36. (1) und (2)

(3) Der Eichstempel besteht aus dem Eichzeichen und dem Jahreszeichen Ausführungsformen der bei der Eichung zu verwendenden Stempel sind durch Verordnung der Bundesministerin bzw. des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft festzulegen.

(4) und (5)

§ 38. (1) bis (7)

(8) Die näheren Bestimmungen über die Arten der Zulassung, die des Zulassung sind durch Verordnung der Bundesministerin bzw. des Bundesministers für *Arbeit* und *Wirtschaft* festzulegen.

(9) und (10)

§ 49. (1) Von diesem Bundesgesetz erfasste Produkte (Messgeräte oder Aufhebung der Entscheidung Nr. 3052/95/EG, ABI. Nr. L 218 vom 13.08.2008 S. erstmaligen Inverkehrbringens einschließlich der Prüfungen Messbeständigkeit, Messgenauigkeit und Prüfbarkeit nach Maßgabe der Abs. 2 gleichwertiger Weise gewährleistet ist. bis 6 in gleichwertiger Weise gewährleistet ist.

(2) bis (4)

(5) Als Stellen gemäß Abs. 3 gelten Konformitätsbewertungsstellen entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 über die Vorschriften für die entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 765/2008, staatliche Stellen oder staatlich Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93, ABl. Nr. L 218 vom 13.08.2008 S. 30, staatliche Stellen oder staatlich ermächtigte Stellen, die Aufgaben im Bereich des gesetzlichen Messwesens wahrnehmen.

(6) bis (7)

(8) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für *Digitalisierung* und Wirtschaftsstandort ist ermächtigt, bei Bedarf zur Erfüllung von europäischen ist ermächtigt, bei Bedarf zur Erfüllung von europäischen Regelungen zusätzliche Regelungen zusätzliche Kriterien und Verfahren zur Beurteilung der Kriterien und Verfahren zur Beurteilung der Gleichwertigkeit im Hinblick auf die Gleichwertigkeit im Hinblick auf die im Abs. 1 genannten Schutzinteressen durch im Abs. 1 genannten Schutzinteressen durch Verordnung festzulegen. Verordnung festzulegen.

§ 49. (1) Von diesem Bundesgesetz erfasste Produkte (Messgeräte oder Messgeräteteile) werden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 764/2008 zur Messgeräteteile) werden gemäß der Verordnung (EU) 2019/515 über die Festlegung von Verfahren im Zusammenhang mit der Anwendung bestimmter gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat nationaler technischer Vorschriften für Produkte, die in einem anderen rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind und zur Aufhebung der Verordnung Mitgliedstaat rechtmäβig in den Verkehr gebracht worden sind, und zur (EG) Nr. 764/2008, ABl. Nr. L 91 vom 29.3.2019 S. I, hinsichtlich des 21, hinsichtlich des erstmaligen Inverkehrbringens einschließlich der Prüfungen Kennzeichnungen als gleichwertig behandelt, wenn diese Produkte (Messgerät und Kennzeichnungen als gleichwertig behandelt, wenn diese Produkte oder Messgeräteteile) ein vergleichbares Niveau des Schutzes des amtlichen oder (Messgerät oder Messgeräteteile) ein vergleichbares Niveau des Schutzes des rechtsgeschäftlichen Verkehrs, des Gesundheitswesens, des Umweltschutzes, des amtlichen oder rechtsgeschäftlichen Verkehrs, des Gesundheitswesens, des Sicherheitswesens und des Verkehrswesens sicherstellen. Diese dürfen dann in Umweltschutzes, des Sicherheitswesens und des Verkehrswesens sicherstellen. Österreich in den Verkehr gebracht werden, wenn sie in einem Mitgliedstaat der Diese dürfen dann in Österreich in den Verkehr gebracht werden, wenn sie in Europäischen Union, in einem Vertragsstaat des EWR-Abkommens oder in der einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem Vertragsstaat des EWR- Türkei rechtmäßig in Verkehr gebracht wurden und ihre Messbeständigkeit, Abkommens oder in der Türkei rechtmäßig in Verkehr gebracht wurden und ihre Messgenauigkeit und Prüfbarkeit nach Maßgabe der Abs. 2 bis 6 in

(2) bis (4)

(5) Als Stellen gemäß Abs. 3 gelten Konformitätsbewertungsstellen ermächtigte Stellen, die Aufgaben im Bereich des gesetzlichen Messwesens wahrnehmen.

(6) bis (7)

(8) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft

§ 50. Produkte aus anderen als den in § 49 genannten Staaten, die den Anforderungen dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Anforderungen dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen nicht entsprechen, werden einschließlich der dort durchgeführten Verordnungen nicht entsprechen, werden einschließlich der dort durchgeführten Prüfungen und Überwachungen als gleichwertig behandelt, wenn die Produkte Prüfungen und Überwachungen als gleichwertig behandelt, wenn die Produkte den Rechtsvorschriften des anderen Staates entsprechen und diese Behandlung den Rechtsvorschriften des anderen Staates entsprechen und diese Behandlung durch völkerrechtliche Verpflichtungen geboten ist oder die Gleichwertigkeit durch völkerrechtliche Verpflichtungen geboten ist oder die Gleichwertigkeit durch eine Verordnung der Bundesministerin bzw. des Bundesministers für durch eine Verordnung der Bundesministerin bzw. des Bundesministers für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort gemäß § 18 Z 3 festgestellt wurde.

§ 51. (1) bis (4)

(5) Der Zutritt zu den Räumen, in denen eich- oder überwachungspflichtige Gegenstände verwendet oder bereitgehalten oder in überwachungspflichtige Gegenstände erzeugt werden, darf den Organen der überwachungspflichtige Gegenstände erzeugt werden, darf den Organen der eichpolizeilichen Revision nicht verwehrt werden.

(6)

- § 53. (1) Marktüberwachung sind die von der Marktüberwachungsbehörde durchgeführten Tätigkeiten und getroffenen Maßnahmen, durch die sichergestellt durchgeführten Tätigkeiten und getroffenen Maßnahmen, durch die sichergestellt werden soll, dass Gegenstände, die in den Geltungsbereich dieses Bundesgesetzes fallen, den Anforderungen dieses Bundesgesetzes und den hierauf erlassenen fallen, den Anforderungen dieses Bundesgesetzes und den hierauf erlassenen Verordnungen entsprechen.
- (2) Werden im Rahmen der Marktüberwachung Gegenstände vorgefunden, die diesem Bundesgesetz oder den hierauf erlassenen Verordnungen nicht entsprechen, so können Maßnahmen gemäß Art. 19 und Art. 20 Verordnung (EG) Nr. 765/2008 ergriffen werden, insbesondere:
 - 1. Untersagen des Inverkehrbringens;
 - 2. Anfordern von Lieferlisten;

§ 50. Produkte aus anderen als den in § 49 genannten Staaten, die den Arbeit und Wirtschaft gemäß § 18 Z 3 festgestellt wurde.

§ 51. (1) bis (4)

(5) Der Zutritt zu den Räumen, in denen eich- oder überwachungspflichtige denen Gegenstände verwendet oder bereitgehalten oder in denen eichpolizeilichen Revision nicht verwehrt werden. Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben den nach diesem Bundesgesetz zuständigen Behörden über deren Ersuchen zur Sicherung der Ausübung der Befugnisse gemäß Abs. 2 im Rahmen ihres gesetzmäßigen Wirkungsbereiches Hilfe zu leisten.

(6)

- § 53. (1) Marktüberwachung sind die von der Marktüberwachungsbehörde werden soll, dass Gegenstände, die in den Geltungsbereich dieses Bundesgesetzes Verordnungen entsprechen.
- (2) Werden im Rahmen der Marktüberwachung Gegenstände vorgefunden, die diesem Bundesgesetz oder den hierauf erlassenen Verordnungen nicht entsprechen, so können Maßnahmen gemäß Art. 14 Abs. 4, lit. a bis h, j und k sublit. i, Art. 16 Abs. 3 und 5, Art. 19 und Art. 20 Abs. 1 und 2 der Verordnung (EU) 2019/1020 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011, ABl. Nr. L 169 vom 25.6.2019 S. 1 ergriffen werden, insbesondere:
 - 1. Untersagen des Inverkehrbringens;
 - 2. Anfordern von deutschsprachigen Informationen und Unterlagen, die für den Nachweis der Konformität erforderlich sind, einschließlich Lieferlisten;

- 3. Auftrag zur Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes, wofür eine angemessene Frist zu setzen ist;
- 4. Verständigen der notifizierten Stelle oder der Zulassungsstelle;
- 5. Setzen geeigneter Maßnahmen, um die unbeabsichtigte Verwendung zu verhindern:
- 6. Veröffentlichung im Amtsblatt für das Eichwesen und in den für die betroffenen Verkehrskreise geeigneten Medien.

Dabei ist jeweils das gelindeste noch zum Ziel führende Mittel anzuwenden.

(3) Die Weiterleitung der Ergebnisse der Marktüberwachung, auch mit den Mitteln der automationsunterstützten Datenverarbeitung, an zuständige internationale Stellen ist zulässig.

- (4) Für die unter die Verordnungen nach § 18 Z 4 fallenden Messgeräte und weitere Produkte, die im Rahmen des Maß- und Eichgesetzes unter die Harmonisierungsbestimmungen der Europäischen Union fallen, gelten Art. 15 Abs. 3 und Art. 16 bis 29 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008. Als Marktüberwachungsbehörden im Sinne dieser Regelung gelten die Eichbehörden. Für die Koordinierung, Berichtserstattung und Abwicklung von Schutzklauselverfahren ist die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort zuständig.
- (5) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für *Digitalisierung* und Wirtschaftsstandort kann zur Wahrung der in Art. 36 bis 40 der Richtlinie kann zur Wahrung der in Art. 36 bis 40 der Richtlinie 2014/31/EU und Art. 41 bis 2014/31/EU und Art. 41 bis 45 der Richtlinie 2014/32/EU festgelegten Schutzinteressen Verordnungen zur näheren Regelung der Marktüberwachung, des Schutzklauselverfahrens und der Pflichten der Wirtschaftsakteure erlassen.

- 3. Auftrag zur Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes, wofür eine angemessene Frist zu setzen ist;
- 4. Verständigen der notifizierten Stelle oder der Zulassungsstelle;
- 5. Setzen geeigneter Maßnahmen, um die unbeabsichtigte Verwendung zu verhindern:
- 6. Veröffentlichung im Amtsblatt für das Eichwesen und in den für die betroffenen Verkehrskreise geeigneten Medien.

Dabei ist jeweils das gelindeste noch zum Ziel führende Mittel anzuwenden.

- (3) Die Marktüberwachungsbehörde ist unter Einhaltung des Art. 17 der Verordnung (EU) 2019/1020 zur Wahrnehmung der ihr in diesem Bundesgesetz übertragenen Aufgaben und ihrer in der Verordnung (EU) 2019/1020 festgelegten Informations- und Meldeverpflichtungen berechtigt Daten zu ermitteln, automationsunterstützt zu verarbeiten und an zuständige internationale Stellen weiterzuleiten. Diese Daten können personenbezogen sein, sofern dies beispielsweise für die Identifizierung eines Produktes oder für seine Rückverfolgung in der Lieferkette erforderlich ist.
- (4) Für die unter die Verordnungen nach § 18 Z 4 fallenden Messgeräte und weiteren Produkte, die im Rahmen des Maß- und Eichgesetzes unter die Harmonisierungsbestimmungen der Europäischen Union fallen, gelten Art. 4 bis 7, Art. 9, Art. 11 bis 13, Art. 14, Art. 16 bis 20 sowie Kapitel VI und VII der Verordnung (EU) 2019/1020. Marktüberwachungsbehörde im Sinne dieser Regelung ist das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, welches gemäß Art. 11 Abs. 8 der Verordnung (EU) 2019/1020 auch die Vertretung in den Gruppen zur administrativen Zusammenarbeit gemäß Art. 30 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2019/1020 wahrzunehmen hat. Für die Koordinierung, Berichterstattung und Abwicklung von Schutzklauselverfahren ist das Bundesamt *für Eich- und Vermessungswesen* zuständig.
- (5) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft 45 der Richtlinie 2014/32/EU festgelegten Schutzinteressen Verordnungen zur näheren Regelung der Marktüberwachung, des Schutzklauselverfahrens und der Pflichten der Wirtschaftsakteure erlassen.

- (6) Sofern Maßnahmen gemäß Abs. 2 bei Vorliegen einer ernsten Gefahr für Marktüberwachungsbehörde die Bundesministerin bzw. den Bundesminister für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort darüber unverzüglich zu informieren. Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Digitalisierung und Schlüssigkeit und leitet diese Informationen ohne unnötigen Aufschub an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz als nationalen Kontaktpunkt für RAPEX (Rapid Alert System for dangerous nonfood products) weiter.
- (7) Bei Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 22 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 ist die Europäische Kommission über den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz mittels RAPEX zu informieren.
- (6) Sofern Maßnahmen gemäß Abs. 2 bei Vorliegen einer ernsten Gefahr für die Sicherheit und Gesundheit von Menschen getroffen werden, hat die Sicherheit und Gesundheit von Menschen getroffen werden, hat die Marktüberwachungsbehörde unverzüglich im Wege von RAPEX die notwendigen Informationen der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz als *nationalem* Kontaktpunkt für Wirtschaftsstandort prüft die eingegangenen Meldungen auf Vollständigkeit und RAPEX weiterzuleiten und die Bundesministerin bzw. den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft zu informieren.
 - (7) Bei Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 20 der Verordnung (EU) 2019/1020 ist die Europäische Kommission über die Bundesministerin bzw. den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz mittels RAPEX zu informieren.
 - (8) Das Zollamt Österreich arbeitet im Rahmen seines Wirkungsbereichs nach Maßgabe des Kapitels VII der Verordnung (EU) 2019/1020 an der Marktüberwachung mit. Die im Rahmen seiner zollamtlichen Tätigkeiten gewonnenen, auch personenbezogenen Informationen, die für die Aufgabenerfüllung der Marktüberwachungsbehörden zur Vollziehung dieses Bundesgesetzes erforderlich sind, hat das Zollamt Österreich der Marktüberwachungsbehörde mitzuteilen.
 - (9) Zur Anordnung von Maßnahmen nach Maßgabe des Art. 14 Abs. 4 lit. k sublit. ii der Verordnung (EU) 2019/1020 ist die Telekom-Control-Kommission berufen. Hierzu kann die Marktüberwachungsbehörde einen Antrag an die Telekom-Control-Kommission als andere Behörde gemäß Art. 14 Abs. 3 lit. b der Verordnung (EU) 2019/1020 stellen. Voraussetzung für die Ausübung der Befugnis nach Art. 14 Abs. 4 lit. k sublit. ii der Verordnung (EU) 2019/1020 gemäß diesem Absatz ist, dass der Wirtschaftsakteur oder falls die Identität des Wirtschaftsakteurs oder sein Aufenthalt unbekannt ist und nicht mit vertretbaren Mitteln festgestellt werden kann, der Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft einer Anordnung der Marktüberwachungsbehörde gemäß Art. 14 Abs. 4 lit. k sublit. i der Verordnung (EU) 2019/1020 gemäß Abs. 2 nicht binnen einer angemessenen Frist Folge geleistet hat.

(10) Wird die Telekom-Control-Kommission im Rahmen von Verfahren
gemäß Abs. 9 tätig, so hat sie den Wirtschaftsakteur mit Bescheid zur Tragung
von Verfahrenskosten in Höhe von 2 000 EUR für das Verfahren vor der
Telekom-Control-Kommission zu verpflichten. Die Höhe der Verfahrenskosten
vermindert oder erhöht sich ab dem Jahr 2022 in jenem Ausmaß, in dem sich der
von der Bundesanstalt "Statistik Österreich" verlautbarte Verbraucherpreisindex
2015 oder der an seine Stelle tretende Index des Vorjahres verändert hat. Die
Einnahmen fließen der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH zu und
werden auf die von Beitragspflichtigen nach § 34 Abs. 2 KommAustria-Gesetz
(KOG), BGBl. I Nr. 32/2001, zu leistenden Finanzierungsbeiträge angerechnet.
Ist die Identität des Wirtschaftsakteurs oder sein Aufenthalt unbekannt und kann
die Telekom-Control-Kommission diesen Verfahrensaufwand daher nicht
<mark>einbringlich machen, ist er aus dem Bundeshaushalt zu begleichen.</mark>

(11) Stellt sich bei der Überprüfung eines Produktes dessen Nichtkonformität mit den geltenden Rechtsvorschriften heraus, ist der Wirtschaftsakteur von der Marktüberwachungsbehörde mit Bescheid zur Tragung der durch die Überprüfung entstehenden Kosten zu verpflichten.

Zentrale Verbindungsstelle

- § 53a. (1) Das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen ist die zentrale Verbindungsstelle im Sinne des Art. 10 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2019/1020 und hat als solche insbesondere folgende Aufgaben wahrzunehmen:
 - 1. Die Koordinierung von marktüberwachungsrelevanten Belangen zwischen den zuständigen Marktüberwachungsbehörden sowie dem Zollamt Österreich für die Zwecke des Art. 10 Abs. 4 und 6 der Verordnung (EU) 2019/1020;
 - 2. die Erstellung von koordinierten Stellungnahmen in Zusammenwirken mit den zuständigen Marktüberwachungsbehörden und dem Zollamt Österreich und die Vertretung einer abgestimmten Haltung gemäß Art. 10 Abs. 4 der Verordnung (EU) 2019/1020 und im Rahmen des Unionsnetzwerks gemäß Art. 29 der Verordnung (EU) 2019/1020;
 - 3. die Unterstützung der Zusammenarbeit der Marktüberwachungsbehörden im Fall von grenzübergreifenden Amtshilfeersuchen gemäß Kapitel VI der Verordnung (EU) 2019/1020;
 - 4. die Übermittlung der nationalen Marktüberwachungsstrategie gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2019/1020.

§ 57. (1) Von den Parteien sind für die nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes durchzuführenden Amtshandlungen Verwaltungsabgaben zu entrichten, die von der Bundesministerin bzw. vom Bundesminister für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort im Einvernehmen Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft im Einvernehmen mit der mit dem Bundesminister für Finanzen entsprechend dem mit diesen Amtshandlungen verbundenen Aufwand durch Verordnung festzusetzen sind.

(2) bis (4)

§ 60. Dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen kommt insofern Rechtspersönlichkeit zu, als es berechtigt ist:

1. ...

- (2) Das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen hat die Marktüberwachungsstrategie gemäß Abs. 1 Z 4 koordinierend zu erstellen, sowie nach Kenntnisnahme der Bundesministerin bzw. des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft unter Verwendung des Informations- und Kommunikationssystems gemäß Art. 34 der Verordnung (EU) 2019/1020 der Europäischen Kommission und den anderen Mitgliedstaaten mitzuteilen.
- (3) Dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen sind im Rahmen der Koordination und für die Erstellung der nationalen Marktüberwachungsstrategie von den zuständigen Marktüberwachungsbehörden und dem Zollamt Österreich, unter der Berücksichtigung der in Art. 13 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2019/1020 angeführten Elemente, die erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen.
- (4) Gemäß Art. 13 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2019/1020 hat das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen eine Zusammenfassung der Marktüberwachungsstrategie im Internet unter der Adresse www.bev.gv.at zu veröffentlichen.
- (5) Über die durchgeführten und geplanten Aktivitäten, insbesondere im Hinblick auf die Erfüllung der Aufgaben gemäß den §§ 53 und 53a Abs. 1, hat das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft jährlich Tätigkeitsberichte zur Verfügung zu stellen. Der Tätigkeitsbericht des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen als zentrale Verbindungsstelle ist dem Nationalrat durch die Bundesministerin bzw. den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft zu übermitteln.
- § 57. (1) Von den Parteien sind für die nach den Bestimmungen dieses besondere Bundesgesetzes durchzuführenden Amtshandlungen Verwaltungsabgaben zu entrichten, die von der Bundesministerin bzw. vom Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Finanzen entsprechend dem mit diesen Amtshandlungen verbundenen Aufwand durch Verordnung festzusetzen sind.

(2) bis (4)

§ 60. Dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen kommt insofern Rechtspersönlichkeit zu, als es berechtigt ist:

1. ...

- 3. mit Genehmigung der Bundesministerin bzw. des Bundesministers für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort die Mitgliedschaft zu Vereinen, anderen juristischen Personen oder zwischenstaatlichen Organisationen, deren Zweck die Förderung des physikalisch-technischen Prüfdienstes ist, zu erwerben.
- § 62. (1) Soweit das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen im Ersatz der Aufwendungen aus dem Vermögen gemäß § 60 auch Verwaltungseinrichtungen übertragen werden. Verwaltungseinrichtungen übertragen werden.
- (2) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für *Digitalisierung* und Wirtschaftsstandort hat das Recht, die Gebarung, die sich aus der hat das Recht, die Gebarung, die sich aus der Privatrechtsfähigkeit ergibt, auf die Privatrechtsfähigkeit ergibt, auf die Übereinstimmung mit bestehenden Übereinstimmung mit bestehenden Rechtsvorschriften und die ziffernmäßige Rechtsvorschriften und die ziffernmäßige Richtigkeit zu prüfen. Die Gebarung Richtigkeit zu prüfen. Die Gebarung unterliegt der Kontrolle durch den unterliegt der Kontrolle durch den Rechnungshof.

(3) bis (6)

- 3. mit Genehmigung der Bundesministerin bzw. des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft die Mitgliedschaft zu Vereinen, anderen iuristischen Personen oder zwischenstaatlichen Organisationen, deren Zweck die Förderung des physikalisch-technischen Prüfdienstes ist, zu erwerben.
- § 62. (1) Soweit das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen im Rahmen des § 60 tätig wird, hat es nach den Grundsätzen eines ordentlichen Rahmen des § 60 tätig wird, hat es nach den Grundsätzen eines ordentlichen Kaufmannes zu gebaren. Das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen hat Kaufmannes zu gebaren. Das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen hat der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Digitalisierung und der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft jährlich Wirtschaftsstandort jährlich einen Rechnungsabschluss vorzulegen, dessen Form einen Rechnungsabschluss vorzulegen, dessen Form von der Bundesministerin von der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Digitalisierung und bzw. dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft festzulegen ist. Das Wirtschaftsstandort festzulegen ist. Das Bundesamt für Eich- und Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen hat der Bundesaministerin bzw. dem Vermessungswesen hat der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft jederzeit Einsicht in die Digitalisierung und Wirtschaftsstandort jederzeit Einsicht in die Gebarungsunterlagen zu gewähren. Die Buchführung sowie die sonstige Gebarungsunterlagen zu gewähren. Die Buchführung sowie die sonstige Vermögens-, Personal- und Inventarverwaltung im Rahmen des § 60 kann gegen Vermögens-, Personal- und Inventarverwaltung im Rahmen des § 60 kann gegen Ersatz der Aufwendungen aus dem Vermögen gemäß § 60 auch
 - (2) Die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft Rechnungshof.

(3) bis (6)

Abschnitt C Notifizierte Stellen

§ 62b. (1) Das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen hat für

- 1. nichtselbsttätige Waagen gemäß Art. 1 Abs. 1 der Richtlinie 2014/31/EU.
- 2. Messgeräte gemäß Art. 2 Abs. 1 der Richtlinie 2014/32/EU mit Ausnahme von Abgasanalysatoren und
- 3. filtrierende Halbmasken zum Schutz gegen Partikeln (persönliche Schutzausrüstungen zum Atemschutz) gemäß Art. 3 Z 1 in Verbindung mit Anhang II Nummer 3.10.1. der Verordnung (EU) 2016/425 über persönliche Schutzausrüstungen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/686/EWG, ABl. L Nr. 81 vom 31.03.2016 S. 51

unter Berücksichtigung der einschlägigen harmonisierten Normen und normativen Dokumente eine Zertifizierungsstelle einzurichten, welche geeignet ist, sämtliche Voraussetzungen für die Erteilung der Notifizierung gemäß § 18c für die unter Z 1 und 2 angeführten Messgeräte sowie gemäß § 4 des Maschinen Inverkehrbringungs- und NotifizierungsG, BGBl. I Nr. 77/2015 in der Fassung BGBl. I Nr. 96/2016, für die unter Z 3 angeführten Produkte zu erfüllen und ist berechtigt. nach erfolgter Notifizierung gegen Konformitätsbewertungsverfahren für die notifizierten Bereiche durchzuführen.

(2) Für die Durchführung von Konformitätsbewertungsverfahren ist eine angemessene Vergütung zu entrichten. Die Vergütung ist vom Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen festzulegen und hat grundsätzlich den Aufwand für diese Verfahren abzudecken.

§ **63.** (1)

(2) Gegen Straferkenntnisse oder die Verfügung der Einstellung eines

§ 63. (1)

(2) Gegen Straferkenntnisse oder die Verfügung der Einstellung eines Strafverfahrens steht der Eichbehörde die Beschwerde an das Verwaltungsgericht Strafverfahrens steht der Eichbehörde die Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Landes zu. Gegen im Strafverfahren ergangene Erkenntnisse des des Landes zu. Gegen im Strafverfahren ergangene Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtes des Landes ist die Bundesministerin bzw. der Verwaltungsgerichtes des Landes ist die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort befugt, zur Wahrung Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft befugt, zur Wahrung einer einheitlichen einer einheitlichen Rechtsprechung, Revision an den Verwaltungsgerichtshof zu Rechtsprechung, Revision an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben. erheben.

§ 70. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, hinsichtlich des § 12b im Einvernehmen mit der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, hinsichtlich der §§ 27 und 28 im Einvernehmen mit der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, hinsichtlich der §§ 18g und 57 Abs. 1 im Einvernehmen mit der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Finanzen, betraut. Mit der Vollziehung des § 53 Abs. 7 ist die Bundesminsterin bzw. der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betraut.

§ 70. (1) bis (10)

- § 70. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind betraut:
- 1. hinsichtlich § 12b die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft im Einvernehmen mit der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie,
- 2. hinsichtlich der §§ 18g, 53 Abs. 4 und 8, soweit es die Mitwirkung von Organen des Zollamts Österreich betrifft, § 57 Abs. 1 und § 62b Abs. 2 die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft im Einvernehmen mit der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Finanzen.
- 3. hinsichtlich der §§ 27 und 28 die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft im Einvernehmen mit der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz,
- 4. hinsichtlich § 51 Abs. 5, soweit es die Mitwirkung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes betrifft, die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Inneres im Einvernehmen mit der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft,
- 5. hinsichtlich § 53 Abs. 7 die Bundesminsterin bzw. der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz,
- 6. hinsichtlich § 53 Abs. 9 und 10, soweit es die Telekom-Control-Kommission betrifft, die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Finanzen,
- 7. hinsichtlich der übrigen Bestimmungen die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft.

§ 70. (1) bis (10)

(11) § 18, § 18a Abs. 1 und 2, § 18b Abs. 1 und 2, § 18c Abs. 1, §§ 18e bis 18g, § 21, § 27, § 28, § 32 Abs. 1, 3 und 5, § 35 Abs. 1, 4 und 8, § 36 Abs. 3, § 38 Abs. 8, § 49 Abs. 1, 5 und 8, § 50, § 51 Abs. 5, § 53, § 53a samt Überschrift, § 57 Abs. 1, § 60, § 62 Abs. 1 und 2, § 62b samt Abschnittsbezeichnung und Überschrift, § 63 Abs. 2 und § 70 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/XXXX treten mit dem auf die Kundmachung dieses Bundesgesetzes folgenden Tag in Kraft.